

maß mit der fächerlichen Anweisung auszumachen, es handele sich bei der SPD bei der ganzen Aktion nur darum, der SPD nur einige Mandate abzujagen. Dieses Argument konnte nur jemand erfinden, für den sich der ganze Klassenkampf in der Tagd nach Parlamenten und Mandaten erschöpft. Für uns war und ist auch diese Aktion nur ein Anlaß, die außerparlamentarische Massenmobilisierung im Kampf gegen Lohnraub und Faschismus so zu verstärken, wie das die ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes insbesondere jetzt nach Erlaß der neuen Notverordnung so dringend erfordert. Aber wichtiger ist das Argument, das in dem gleichen Artikel der „Chemnitzer Volksstimme“ wiederkehrt, wonach es heute darauf ankomme, alle Kräfte auf einen Punkt, nämlich auf den Kampf gegen den Faschismus zu konzentrieren, der durch das rote Volksbegehren angeblich verhindert werde.

Jawohl, auch wir, und in Wahrheit nur wir Kommunisten wollen die Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus. Aber der Kleinbetrug der sozialfaschistischen Führung besteht ja gerade darin, daß sie alles versuchen, Klarheit über das Wesen des Faschismus in Deutschland zu verhindern. Denn der Faschismus, das ist heute in Deutschland der Brüning'sche Notverordnung feineswegs nur der Nationalsozialismus. Der Faschismus in Deutschland, das ist heute in erster Linie die Politik, die der derzeitige geschäftsführende Ausschuss der finanzkräftigen faschistischen Diktatur, die Brüning-Regierung und ihre faschistische Filiale, das Schied-Kabinett, auf dem Wege der Notverordnung durchführt. Der Faschismus in Deutschland, das ist eben darum auch jene Politik, die die sozialdemokratische Führung, die ja auch diese Notverordnung Brüning's tolerieren will, überall dort, wo sie im Staatsapparat sitzt, am aktivsten durchführt, das ist also jene Rettungsaktion der faschistischen SPD für das reaktionäre Schied-Kabinett.

In einem auf dieselbe Tonart abgestimmten Artikel Dölar Edel wird wiederum der Artikel des Genossen Selbmann zitiert und an der Art, wie ihn Edel zitiert, verrät er, ohne das zu wollen, was die SPD-Führer in Sachen unter allen Umständen ihren Arbeiteranhängern zu unterlagern versuchen. In diesem Artikel, der in der Dresdener und Freiburger Volkszeitung mit dem Titel „Das proletarische Trauerspiel“ erschien, heißt es:

„Massen heraus zum roten Volksbegehren“, rief auch der neue Führer der Kommunisten, Selbmann: „Dieser Volksentscheid als außerparlamentarische Massenaktion ist gleichzeitig eine Aktion gegen den Faschismus, den Faschismus von Hitler, Frißche und Killinger!“

Hätte Dölar Edel diesen Satz zu Ende zitiert, so wie er geschrieben ist, dann freilich wäre ihm seine ganze Schwindelargumentation vom Bündnis der SPD mit den Nationalsozialisten verschlagen worden. Der volle Wortlaut dieses Satzes ist nämlich folgender:

„Dieser Volksentscheid als außerparlamentarische Massenaktion ist gleichzeitig eine Aktion gegen den Faschismus, den Faschismus von Hitler, Frißche und Killinger und den im kapitalistischen Staatsapparat sich mehr und mehr durchsetzenden legalen Faschismus der Schied, Richter und Fleißner!“

In diesen Worten ist die Klassenfront klar aufgerissen. Die Feinde des Volksbegehrens, das sind nicht nur die Schied-Parteien, das sind nicht nur die Deutschnationalen und Nazis, die sich nur zum Schein beteiligen, um ihre Anhänger nicht zu verlieren und die Aktion gleichzeitig sabotieren, das sind auch die zahlreichen sozialdemokratischen Staatsfunktionäre im Schied-Kabinett, die den legalen faschistischen Kurs der Schied-Brüning aktiv mit durchzuführen helfen. Die Feinde des Volksbegehrens, das sind die Freunde, die Verteidiger der NotverordnungsPolitik. Und diese Front reicht von Fleißner bis Schied über Müschmann.

Gegen diese Front stellt die kommunistische Partei im roten Volksbegehren wie in ihrem ganzen Kampf gegen die NotverordnungsDiktatur die Klassenfront des Proletariats, die proletarische Einheitsfront gegen Not und Reaktion. Die sozialdemokratischen Führer, die eben erst wieder durch Hilferding dem Hausatmosphäre des Reichstages offen die Tolerierung auch der letzten Notverordnung Brüning's proklamierten, sie stellen mit den von ihnen geführten Organisationen die soziale Hauptstütze des Faschismus, d. h. der mit faschistischen Methoden durchgeführten kapitalistischen Diktatur in Deutschland dar. Und es ist gewiß richtig, wenn der Genosse Ernst Thälmann in seinem grundlegenden Artikel in der „Internationale“ den entscheidenden Satz geprägt hat, der die Richtschnur für die Gesamtarbeit unserer Partei bildet:

„Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu siegen, können wir nicht den Faschismus schlagen, d. h. gegen die mit faschistischen Methoden ausgeübte Diktatur der Bourgeoisie erfolgreich ankämpfen.“

Die große politische Bedeutung unseres roten Volksbegehrens liegt gerade in Sachen in dem Bezirk, in dem die soziale Massenbasis der kapitalistischen Diktatur in den sozialdemokratischen geführten Organisationen verhältnismäßig noch am stärksten ist, darin, den wahren Charakter des Faschismus und die Rolle der Führer der SPD zum erstenmal in vollster Deutlichkeit vor den Arbeitermassen enthüllt zu haben.

So wie die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Textilarbeiterstreiks in den letzten Wochen in Sachen die rote Klassenfront unter unserer Führung gestärkt haben, so wie sie in dem Kampfe gegen faschistischen Mordterror, wie das Beispiel des Rieser Massenstreiks gegen den Rajmord an einem Reichsbannerarbeiter zeigt, aus ihrem richtigen proletarischen Klasseninstinkt heraus den Weg in unsere Front fanden, so werden und müssen sie im roten Volksbegehren wie im Kampf der Arbeiterklasse gegen die Notverordnung Brüning's den Weg in diese rote Klassenfront finden.

Und so wie im Textilarbeiterstreik die Gewerkschaftsbürokratie im Bunde mit den Lohnräubern gegen die Front der streikenden Arbeiter, so wie im Massenstreik in Riesa SPD, Reichsbanner- und Gewerkschaftsführung gegen die antifaschistische Einheitsfront der streikenden Betriebe standen, so wie die Führer der SPD heute zu offenen Verteidigern selbst der neuen Notverordnung Brüning's, zu Verteidigern des Lohnraubes und des Belagerungszustandes gegen die Arbeiterklasse geworden sind, so stehen sie im roten Volksbegehren in der Front der NotverordnungsPolitiker, in der Front der Klassenfeinde des Proletariats.

Diese Erkenntnis ist es, die wir immer und immer wieder unermüdet unseren Klassengenossen in der SPD und den freien Gewerkschaften, in den Betrieben und auf den Stempelfellen vermitteln müssen. Aus dieser Erkenntnis heraus allein kann auch in Sachen die Arbeiterklasse die proletarische Einheitsfront gegen die kapitalistische Diktatur und gegen den Faschismus, gegen die Front der Feinde der Arbeiterklasse von Müschmann bis zu Fleißner, Edel und Böchel schließen.

Jede Stimme für das rote Volksbegehren stärkt die Front des proletarischen Klassenkampfes. Wer diesem roten Volksbegehren fern bleibt, stärkt, ob er will oder nicht, die Front der Feinde der Arbeiterklasse!

Groener verbieter: Gewerkschafts-, Arbeitersport- und Freizeiterabzeichen!

Das Reichswehrministerium hat dem Reichsinnenministerium eine Liste der Organisationen zugehen lassen, die als „politische Verbände“ vom Reichswehrministerium bezeichnet werden und deren Abzeichen laut Notverordnung nicht mehr getragen werden dürfen. Unter diesen Organisationen befinden sich alle Gewerkschaften,

die proletarischen Freizeiterorganisationen und des Verbandes für Freizeitsport und Feuerbestattung, sämtliche Arbeitersportverbände einschließlich der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege und die ihr angeschlossenen Verbände!

Sozialdemokratische Klassengenossen! Diese Notverordnung tolerieren eure Führer! Antwortet ihnen in letzter Stunde durch Einzelnehmung in die Listen des roten Volksbegehrens der SPD! Schließt die Einheitsfront im Kampf gegen Not und Reaktion! Markiert Schulter an Schulter mit euren kommunistischen Klassenbrüdern!

Schwere Naziniederlage in Neumühl In einem Jahr über ein Drittel der Stimmen verloren

Auf der Schachtanlage Neumühl (Ruhrgebiet) war es den Nazis bei der Betriebsratswahl im Jahre 1930 gelungen, 305 Stimmen zu erzielen. Seitdem haben sich die bekannten Streikämpfe im Ruhrbergbau ereignet, außerdem sind infolge der Reichsmassenerlassungen über Massenentlassungen erfolgt. Die Zahl der Wahlberechtigten auf der Schachtanlage Neumühl hat sich jetzt 1936 um 780 vermindert, in Wirklichkeit wurden weit mehr Arbeiter entlassen, vor allem oppositionelle Arbeiter und willfährige Elemente (Nazisachweis) eingestellt. Die Nazisführer hofften, bei der Betriebsratswahl am 11. Dezember eine noch größere Anhängerzahl als 1930 mustern zu können. In Wirklichkeit war es der roten Gegenoffensive gelungen, die Zahl der Nazianhänger um über ein Drittel hinabzubringen. Die Wahl ergab folgendes Resultat:

Rote Einheitsliste	1135 (1263)
Nazis	183 (305)
SPD-Liste	372 (371)
Christen	280 (367)
Wahlberechtigt	2200 (2881)

Das Resultat ist also eine schwere Niederlage der Nazis. Auch ist bemerkenswert, daß die Christen einen starken Stimmenrückgang zu verzeichnen haben. Die Wahl zeigt aber den Mangel, daß über den Kampf gegen den Einbruch der Nazis der Kampf gegen die SPD-Führer vernachlässigt worden ist. Denn wenn man auch berücksichtigt,

daß bei den Entlassungen hauptsächlich Anhänger der roten Einheitsliste betroffen wurden, so ist es absolut unbefriedigend, daß die sozialdemokratische SPD-Liste ihren Stand vom Vorjahr halten konnte.

Das Wahleresultat von Neumühl zeigt, daß der Kampf gegen die Nazisführer, wenn er energisch durchgeführt wird, recht erfolgreich ist. Das Resultat ist aber gleichzeitig eine Warnung, was Kampf gegen die Hauptstützen der Bourgeoisie, des Brüning'schen gegen die SPD-Führer, nicht schwächer werden zu lassen.

Metallschiedsbruch im Ruhrgebiet

Essen, 15. Dez. (Eig. Meld.)

Heute abend löste der Schlichter in den Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen der Metallindustrie einen Schiedsbruch nach der geltende Lohnsatz bis zum 31. Dezember unermäßig verlängert wird.

Am 1. Januar tritt dann ein Lohnabbau von durchschnittlich 6,67 Prozent ein. Ferner werden dann die geltenden Lohnsätze von 15 auf 10 Prozent herabgesetzt. Infolge des Schiedsbruches wird die Arbeitszeit in der erzeugenden Industrie um 57 auf 54 Stunden und in der weiterverarbeitenden Industrie von 52 auf 48 Stunden herabgesetzt.

Ratschläge der SPD-Presse

Verhöhnung der Hungernden!

Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“ in Berlin, hatte am 11. Dezember den traurigen Mat. folgende „gesundheitliche Ratschläge“ zu erteilen:

„Noch eine Mahnung ist um diese Zeit am Platze. Gar manche Menschen glauben, zu den Festtagen gehören unumgänglich allabendlich auch ein gewaltiges Festmahl mit fetten Gerichten, schweren Weinen und starken Zigarren. Uns liegt gewiß nichts ferner, als unseren Lesern die Festesfreuden irgendwie beizubringen zu wollen; indessen man sollte die Folgen eines zu wiederholten Malen „überladenen“ Magens doch nicht allzusehr auf die leichte Achsel nehmen.“

Das wagt dieses SPD-Blatt angesichts der neuen Notverordnung der Brüningregierung, die sie ja tolerieren, zu schreiben. Schluß mit der Partei des Arbeiterrats und des Massenbetrugs!

Ueber Lohnabbau wird nicht geredet

Die heftigen Koalitionsverhandlungen zwischen Zent. um und Nazis

Darmstadt, 14. Dezember.

In Hesse sind die Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung zwischen Nazis und Zentrum lebhaft im Gange. Die Nazis haben eine Reihe demagogischer Forderungen gestellt, die angeblich „Einsparungen“ erbringen sollen. Dabei ist charakteristisch, daß nach Ansicht der Nazis die Höchstgehälter und Pensionen 12 000 Mark betragen sollen. Mit 1000 Mark im Monat, kann man ja ganz gut leben!

In der Antwort auf die Naziforderungen hat das Zentrum im wesentlichen seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit den Nazis erklärt. Besonders begeistert ist das Zentrum von der Naziforderung zum Kampf gegen „Schund- und Schmutz- und marxistisch-jüdische Kulturzerstörung.“

Wichtiger als die in den Naziforderungen enthaltenen Punkte sind die Fragen, die nicht als Regierungsprogramm von den Nazis aufgestellt werden. In den 12 Punkten der Nazis befindet sich keine einzige Forderung auf Aufhebung der Notverordnung. Mit keinem Wort verlangen die Nazis die Einstellung des Lohn- und Gehaltsabbaues, mit keinem Wort wenden sich die regierungsküsternen Nazis gegen die Kürzung der Renten und anderen sozialen Unterstellungen.

Gerade diese Tatsache charakterisiert das heftige Regierungsprogramm der Nazis als indirekte Zustimmung zur Brüning'schen NotverordnungsPolitik. Gemeinsam mit dem Zentrum wollen die Nazis in Hessen die Koalitionsverhandlungen durchführen. Die wertvollen Anhänger Hitlers werden und müssen daraus die richtigen Schlusfolgerungen ziehen.

Wird Göring ausgeschickt?

Der Reichsbannerführer Göring ist plötzlich auf längere Zeit in Urlaub gefahren. An seine Stelle ist einstweilen der zweite Führer des Reichsbanners, Hiltnermann, getreten.

Wahrscheinlich wird Göring in kürzester Frist von der Reichsbannerführung zurücktreten. Die Entscheidung darüber fällt in der am Mittwoch stattfindenden Bundesvorstandssitzung. In dieser Sitzung wird auch über die Verlegung des Sitzes des Bundesvorstandes von Magdeburg nach Berlin Beschluß gefaßt werden.

Wenn auch die Reichsbannerpresse einstweilen noch ableugnet, daß Göring ausgeschickt wird, so besteht doch kaum ein Zweifel mehr daran, daß nach dem Bekanntwerden der Kor-

Rote Fahne wieder auf Kampfpoften

Berlin, 15. Dez. (Eig. Meld.)

Die Rote Fahne erscheint nach sechsmaligem Verbot in diesem Jahre heute wieder. Diese Verkürzung der Verbotsdauer, ursprünglich bis 17. Dezember, ist zurückzuführen auf den Massenprotest, als Folge dessen, daß das Verbot der faschistischen Blätter aufgehoben wurde, während die Rote Fahne verboten blieb.

ruptionaffäre mit dem Zündholzking Kreuger die Empörung der Reichsbannerarbeiter gegen Göring ungeheurer machen ist. Daß unter Hiltnermanns Führung der sozialistische Kurs im Reichsbanner noch verstärkt werden wird, ist nach patriotischen Kundentrede Hiltnermanns mit seiner Verurteilung des Weltkrieges nicht anders zu erwarten.

Roter Sieg in der „Baumwolle“ in Leipzig

In der Leipziger Baumwollspinnerei, deren Belegschaft im künftigen Jahr zehn Tage lang einen heroischen Kampf gegen den Lohnabschiedsbruch in der Textilindustrie führte, fanden am vergangenen Freitag und Sonnabend die Neuwahlen zum Betriebsrat statt, die sich notwendig machten aus Grund der erfolgten Maßregelung der roten Betriebsräte.

Dabei kam folgendes Resultat zustande: Abgegeben insgesamt 1263 Stimmen. Es erhielten die Liste 2 (Rote Einheitsliste) 728 Stimmen und die der Reformisten 513 Stimmen. Die Sitze verteilen sich wie folgt: Im Betriebsrat 6 rote Betriebsräte und 4 Reformisten. Im Arbeiterrat steht das Verhältnis 7 rote Betriebsräte gegen 4 Reformisten.

Mit dieser Abstimmung hat die Baumwollbelegschaft bewiesen, daß sie trotz der ungeheuerlichen reformistischen Maßregeln des Maßregelungsleiters der Baumwollindustrie — die roten Betriebsräte blieben restlos auf der Strecke — als 100 RWD-Anhänger wurden gemahregelt — ungeheurer ihrem Kampfwillen hinter der RWD steht. Die Belegschaft hat damit die richtige Konsequenz aus dem Kampfe gezogen, eben wie die Abstimmung eine glänzende Bestätigung des Votums für die Kampfführung der RWD ist. Gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Arbeiterbeiträge, so ist das Ergebnis der Ausdrück dessen, daß die durchgeführten Maßregelungen lediglich Anhänger der RWD getroffen haben.

Ein glänzendes Beispiel für alle anderen Betriebe, ein glänzender Auftakt auch für die Betriebsräteparolen in anderen Industrien, die den Vormarsch der RWD in noch viel größerer Ausmaße zeigen werden.

Vor Lohnabbau diktat gegen Metalle

Berlin, 15. Dez. (Eig. Meld.)

Gestern fanden im Laufe des Vormittags Verhandlungen über den Abbau der Löhne und Gehälter der Berliner Metallarbeiter vor dem Schlichterausschuß statt. Die Verhandlungen wurden gegen Mittag ergebnislos abgebrochen.

Der Schlichter, Herr Geheimrat Körner, wird nun ohne die Mitwirkung der Vertragsparteien nach den Bestimmungen der Notverordnung die Löhne und Gehaltsätze in der Metallindustrie festlegen.